

SANDRA SCHUH

Gemeinnützige Rechtsträger in Japan und Deutschland

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

318

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

318

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Sandra Schuh

Gemeinnützige Rechtsträger in Japan und Deutschland

Eine rechtsvergleichende Studie
gemeinnütziger Vereine und Stiftungen

Mohr Siebeck

Sandra Schuh, geboren 1980; Studium der Rechtswissenschaften in Trier, Marburg und Tokio; Rechtsreferendariat am Oberlandesgericht Frankfurt a.M.; 2013 Promotion.

e-ISBN PDF 978-3-16-153197-2

ISBN 978-3-16-153021-0

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2014 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Philipps-Universität Marburg im Sommersemester 2013 als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 12. Juli 2013 statt.

Mein aufrichtiger Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Heinrich Menkhaus für seine Betreuung und Unterstützung bei der Ausarbeitung sowie der Suche nach finanziellen Förderhilfen. Für die zügige Erstellung der Promotionsgutachten möchte ich mich außerdem bei Prof. Dr. Michael Kling und Prof. Dr. Makoto Arai sehr herzlich bedanken. Schließlich gilt mein Dank auch Prof. Dr. Moritz Bälz und Prof. Dr. Harald Baum für die Vermittlung und die Fürsprache zur Aufnahme dieser Arbeit in die Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts.

Die vorliegende Arbeit entstand hauptsächlich in den Jahren 2007–2010, die ich dank eines großzügigen Stipendiums der Japanischen Regierung an der Chuo Universität in Tokio verbringen durfte. Für die vielen wissenschaftlichen Anregungen und die Unterstützung bei der Recherche während dieser Zeit möchte ich mich bei den Professoren und Kollegen der Chuo Universität sehr herzlich bedanken, insbesondere bei Prof. Dr. Koresuke Yamauchi für seine umsichtige Betreuung während meines Studiums in Japan.

Danken möchte ich außerdem allen anderen, die auf die eine oder andere Weise zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben, insbesondere meiner Familie sowie den Familien Tohara und Matsubara aus Tokio.

Frankfurt am Main, im August 2014

Sandra Schuh

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
Verzeichnis japanischer Fachausdrücke.....	XXI
Verzeichnis japanischer Gesetze und anderer Rechtsvorschriften.....	XXIII
Einleitung.....	1
I. Gegenstand der Untersuchung.....	3
II. Aufbau.....	5
III. Stand der Forschung.....	6
IV. Terminologie.....	8
Kapitel 1: Dogmatik privatrechtlicher gemeinnütziger Rechtsträger.....	11
I. Rechtsträger.....	11
II. Gemeinnützige Rechtsträger.....	20
III. Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Rechtsträger.....	48
IV. Rechtsvergleich.....	53
Kapitel 2: Rechtliche Grundlagen Gewöhnlicher Vereine und Stiftungen.....	60

I.	Gründung.....	60
II.	Organisation	83
III.	Auflösung.....	123
IV.	Anerkennung der Gemeinnützigkeit.....	136
V.	Steuerrechtliche Behandlung.....	169
Kapitel 3: Aufsichts- und Kontrollstruktur Gewöhnlicher Vereine und Stiftungen		183
I.	Bisherige Rechtslage	184
II.	Organisationsinterne Kontrollstruktur.....	191
III.	Privatrechtliche Sanktionen gegenüber Gewöhnlichen Vereinen und Stiftungen.....	203
IV.	Behördliche Aufsichtsmaßnahmen gegenüber gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen.....	216
V.	Rechtsvergleich	219
Schlussfolgerung		239
Anhang		243
Literaturverzeichnis.....		253
Verzeichnis der Grafiken		269
Sachregister		271

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
Verzeichnis japanischer Fachausdrücke.....	XXI
Verzeichnis japanischer Gesetze und anderer Rechtsvorschriften.....	XXIII
Einleitung.....	1
I. Gegenstand der Untersuchung.....	3
II. Aufbau.....	5
III. Stand der Forschung.....	6
IV. Terminologie.....	8
Kapitel 1: Dogmatik privatrechtlicher gemeinnütziger Rechtsträger.....	11
I. Rechtsträger.....	11
1. Juristische Personen.....	12
2. Die gemeinnützige Treuhand.....	14
3. Nicht rechtsfähige gemeinnützig aktive Rechtsformen.....	16
a. Nicht rechtsfähige Rechtsformen.....	16
b. Bestandsaufnahme nicht rechtsfähiger gemeinnützig aktiver Vereinigungen.....	18
II. Gemeinnützige Rechtsträger.....	20
1. Bisherige Rechtslage.....	21
2. Reform der gemeinnützigen Rechtsträger des Zivilgesetzes.....	24
a. Kritik an der bisherigen Rechtslage.....	24

b.	Reformverlauf	25
c.	Zusammenhang mit anderen Reformen	31
3.	Neue Rechtslage	31
a.	Abgrenzungsmerkmal Gewinnerzielungsabsicht	33
b.	Auf Gewinnerzielung gerichtete juristische Personen	38
c.	Nicht auf Gewinnerzielung gerichtete juristische Personen	39
i.)	Sonstige juristische Personen	40
1.)	Gewöhnliche Vereine und Stiftungen	41
2.)	Frühere juristische Person in der Mitte	42
ii.)	Gemeinnützige juristische Personen	42
1.)	Gemeinnützige Vereine und Stiftungen	43
2.)	Non-Profit-Organisationen	44
a.)	Rechtliche Grundlagen	44
b.)	Beurteilung	46
III.	Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Rechtsträger	48
1.	Sonderrechtspersonen und Sondergesellschaften	49
2.	Selbstständige verwaltungsbezogene juristische Personen	49
3.	Beleihung privatrechtlicher gemeinnütziger Rechtsträger	51
IV.	Rechtsvergleich	53
1.	Rechtsträger des Bürgerlichen Gesetzbuchs	54
a.	Abgrenzungsmerkmal der Wirtschaftlichkeit	54
b.	Eingetragener Verein	55
c.	Rechtsfähige Stiftung	56
2.	Gemeinnützige Rechtsträger der Abgabenordnung	57
3.	Vergleich	58
Kapitel 2: Rechtliche Grundlagen Gewöhnlicher Vereine und Stiftungen		60
I.	Gründung	60
1.	Gründungssystematik juristischer Personen	61
2.	Gründung gemeinnütziger Vereine und Stiftungen a.F.	63
a.	Erstellung der Satzung bzw. des Stiftungsgeschäfts	63
b.	Begriff der Gemeinnützigkeit	64
c.	Keine Gewinnerzielungsabsicht	67
d.	Genehmigungserteilung	67
i.)	Behördliche Ermessensgrundlage	67
ii.)	Zuständige Behörde	70
iii.)	Registereintragung	71
3.	Gründung Gewöhnlicher Vereine und Stiftungen	71

a.	Gewöhnliche Vereine.....	71
i.)	Erstellung einer Satzung.....	71
ii.)	Bestellung der Funktionsträger u.a.	73
iii.)	Registereintragung.....	74
b.	Gewöhnliche Stiftungen.....	75
i.)	Erstellung einer Satzung.....	75
ii.)	Einbringung des Vermögens.....	76
iii.)	Bestellung der Evaluierer und der Funktionsträger u.a.	77
iv.)	Registereintragung.....	77
4.	Rechtsvergleich.....	77
a.	Eintragungsverfahren in Japan und Deutschland.....	78
b.	Anerkennungsverfahren der rechtsfähigen Stiftung in Deutschland.....	79
i.)	Stiftungsgeschäft.....	79
ii.)	Stiftungsrechtliche Anerkennung.....	80
iii.)	Stiftungsbehörde.....	81
c.	Zusammenfassung.....	82
II.	Organisation.....	83
1.	Gewöhnliche Vereine.....	84
a.	Organisationsstruktur.....	84
b.	Mitglieder.....	86
i.)	Aufgaben.....	86
ii.)	Mitgliedschaft.....	87
c.	Mitgliederversammlung.....	87
i.)	Alte Gesetzeslage.....	88
ii.)	Unabdingbare Beschlussfassungsrechte.....	88
iii.)	Einberufung.....	89
d.	Geschäftsführungsorgan.....	90
i.)	Alte Gesetzeslage.....	91
ii.)	Gewöhnliche Vereine ohne Vorstand.....	95
iii.)	Gewöhnliche Vereine mit Vorstand.....	95
1.)	Aufgaben des Vorstands.....	95
2.)	Risiken hinsichtlich der Kontrollfunktion.....	96
iv.)	Vorsitzender.....	97
1.)	Bestellung.....	97
2.)	Amtszeit.....	97
3.)	Vergütung.....	98
4.)	Pflichten.....	98
a.)	Sorgfalts- und Treuepflicht.....	99
b.)	Offenlegungs- und zustimmungspflichtige Tätigkeiten.....	100
c.)	Aufsichts- und Anzeigepflicht.....	101

d.)	Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	101
e.	Revisor	101
i.)	Alte Gesetzeslage.....	102
ii.)	Bestellung und Amtszeit	102
f.	Rechnungsprüfer	104
2.	Gewöhnliche Stiftungen	104
a.	Organisationsstruktur	104
b.	Alte Gesetzeslage	106
c.	Evaluiierer	106
d.	Versammlung der Evaluiierer	107
i.)	Aufgabe	107
ii.)	Einberufung	108
e.	Geschäftsführung	109
f.	Revisor und Rechnungsprüfer	109
3.	Rechtsvergleich	109
a.	Gewöhnliche und eingetragene Vereine.....	110
i.)	Organisationsstruktur.....	110
ii.)	Mitgliederversammlung.....	111
1.)	Satzungsautonomie	111
2.)	Personalkompetenz	112
3.)	Einberufung.....	112
b.	Gewöhnliche und rechtsfähige Stiftungen	113
i.)	Organisationsstruktur.....	113
ii.)	Versammlung der Evaluiierer	114
iii.)	Kuratorium und Beirat.....	114
c.	Geschäftsführungsorgan.....	115
i.)	Organisation der Geschäftsführung	116
ii.)	Pflichten eines Vorsitzenden bzw. eines Vorstandsmitglieds..	117
1.)	Bindung an die Satzung und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung	118
2.)	Treuepflicht.....	118
3.)	Sorgfaltspflicht und Haftungsmaßstab	120
4.)	Anzeige- und Aufsichtspflicht	120
5.)	Auskunftsspflicht.....	121
6.)	Rechenschaftspflicht	122
d.	Zusammenfassung.....	122
III.	Auflösung.....	123
1.	Auflösung gemeinnütziger Vereine und Stiftungen a.F.....	124
2.	Auflösung Gewöhnlicher Vereine und Stiftungen.....	125
a.	Auflösungsgründe	126
b.	Liquidationsverfahren	128
3.	Rechtsvergleich	130

a.	Auflösungsgründe	130
b.	Auflösung durch einen staatlichen Hoheitsakt	132
c.	Liquidationsverfahren	134
d.	Zusammenfassung	135
IV.	Anerkennung der Gemeinnützigkeit	136
1.	Begriff der Gemeinnützigkeit	137
2.	Materielle Voraussetzungen der Anerkennung	139
a.	Gesetzliche Anforderungen	139
i.)	Inhaltliche Anforderungen an das gemeinnützige Geschäft	139
ii.)	Finanzielle Anforderungen an das gemeinnützige Geschäft	142
iii.)	Anforderungen an die Organisationsstruktur	143
iv.)	Anforderungen an das Vermögen des Rechtsträgers	145
b.	Gründe für eine Disqualifizierung	146
3.	Formelle Voraussetzungen der Anerkennung	147
a.	Zuständige Behörde	148
b.	Änderung der Bezeichnung	149
c.	Rechtsmittel	149
4.	Anerkennungskommission	150
a.	Struktur der Kommission	150
b.	Aufgaben	151
5.	Kritische Anmerkung	152
6.	Rechtsvergleich	155
a.	Begriff der Gemeinnützigkeit	156
i.)	Gemeinnützige Zwecke	157
1.)	Adressatenkreis	157
2.)	Katalog gemeinnütziger Tätigkeitsfelder	158
3.)	Kritik am weiten Gemeinnützigkeitsbegriff in Deutschland	160
ii.)	Mildtätige und kirchliche Zwecke	161
iii.)	Selbstlosigkeit	162
b.	Materielle Gemeinnützigkeitsvoraussetzungen	162
i.)	Gewinnausschüttungsverbot	163
ii.)	Wirtschaftliche Tätigkeit	164
iii.)	Gemeinnützige Mittelverwendung	165
iv.)	Anforderungen an die Organisationsstruktur	166
v.)	Anforderungen an das Vermögen des Rechtsträgers	166
c.	Formelle Gemeinnützigkeitsvoraussetzungen	167
d.	Zusammenfassung	168
V.	Steuerrechtliche Behandlung	169
1.	Bisherige Rechtslage	170

a.	Steuerbegünstigungen gemeinnütziger Vereine und Stiftungen a.F.	170
b.	Steuerbegünstigungen von Spendern	171
2.	Steuerrechtliche Behandlung der neuen Rechtsträger	173
a.	Steuerrechtliche Qualifizierung	173
b.	Steuerbegünstigungen	174
i.)	Steuerbegünstigungen gemeinnützig tätiger Rechtsträger	174
ii.)	Steuerbegünstigungen von Spendern	176
c.	Formelles Besteuerungsverfahren	178
3.	Rechtsvergleich	178
a.	Steuerbegünstigung der gemeinnützigen Rechtsträger beider Länder	179
b.	Steuerbegünstigung von Spendern	180
c.	Zusammenfassung	181

Kapitel 3: Aufsichts- und Kontrollstruktur Gewöhnlicher Vereine und Stiftungen

183

I.	Bisherige Rechtslage	184
1.	Privatrechtliche Sanktionen	185
a.	Haftung der gemeinnützigen Rechtsträger a.F.	185
b.	Haftung der Vorsitzenden	187
c.	Haftung des Revisors	188
2.	Behördliches Aufsichtssystem	188
a.	Anordnung und Untersuchung	189
b.	Berichterstattung und Genehmigungsvorbehalt	190
c.	Rücknahme der Gründungsgenehmigung	191
II.	Organisationsinterne Kontrollstruktur	191
1.	Kontrolle durch die Mitglieder bzw. Evaluierer	192
a.	Gewöhnlicher Verein	192
i.)	Mitgliederversammlung	192
1.)	Einflussrechte	192
a.)	Beschlussfassung	192
b.)	Personalkompetenz	194
2.)	Aufsichtsrechte	194
ii.)	Minderheiten- und Individualrechte	194
1.)	Einflussrechte	195
a.)	Antragsrecht	195
b.)	Handlungsverbot eines Vorsitzenden	195
2.)	Aufsichtsrechte	196

a.) Einsetzung eines Prüfers.....	196
b.) Rechtsbehelfe gegen fehlerhafte Beschlüsse der Mitgliederversammlung	197
3.) Informationsrechte	198
b. Gewöhnliche Stiftung.....	199
i.) Evaluiererversammlung.....	199
ii.) Individualrechte	199
2. Kontrolle des Revisors.....	200
a. Einflussrechte.....	200
i.) Aktive Teilnahme an Vorstandssitzungen und deren Einberufung	200
ii.) Einfluss auf Personalentscheidungen.....	201
iii.) Handlungsverbot.....	201
b. Aufsichtspflichten	202
c. Informationspflichten.....	203
III. Privatrechtliche Sanktionen gegenüber Gewöhnlichen Vereinen und Stiftungen.....	203
1. Sanktionen gegenüber dem Rechtsträger.....	203
2. Sanktionen gegenüber den Funktionsträgern und den Evaluierern.....	204
a. Haftung der Vorsitzenden	204
i.) Innenhaftung gegenüber dem Rechtsträger.....	204
ii.) Außenhaftung gegenüber Dritten.....	205
iii.) Haftungsbefreiung gegenüber dem Rechtsträger.....	207
1.) Vollständige Haftungsbefreiung	207
2.) Haftungsteilbefreiung durch Mitglieder- bzw. Evaluiererversammlung	207
3.) Haftungsteilbefreiung durch die anderen Vorsitzenden	208
4.) Haftungsbeschränkungsvertrag für außenstehende Vorsitzende	209
b. Haftung der Revisoren	209
c. Haftung der Evaluierer bei Gewöhnlichen Stiftungen	210
d. Abberufung	210
3. Prozessuale Durchsetzung der Sanktionen	211
a. Klage gegenüber dem Rechtsträger und Funktionsträgern (Außenhaftung).....	211
b. Mitgliederklage (Innenhaftung)	211
i.) Klagevoraussetzungen	212
ii.) Relevanz der Mitgliederklage.....	213
c. Klage durch den Rechtsträger (Innenhaftung)	215
d. Abberufungsklage	216

IV. Behördliche Aufsichtsmaßnahmen gegenüber gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen.....	216
1. Verwaltungsbehörde.....	216
a. Berichterstattung, Untersuchung, Ratschlag und Anordnung.....	217
b. Rücknahme der Gemeinnützigkeitsanerkennung.....	218
2. Aufsicht der Steuerbehörden.....	219
V. Rechtsvergleich.....	219
1. Organisationsinterne Kontrollstruktur.....	220
a. Rechte der Mitglieder- und Evaluiererversammlung.....	220
b. Minderheiten- und Individualrechte.....	222
i.) Rechtsbehelfe der Mitglieder und Evaluierer.....	222
1.) Klagen gegen fehlerhafte Beschlüsse der Mitglieder- bzw. Evaluiererversammlung.....	222
2.) Mitgliederklage bzw. actio pro socio.....	223
ii.) Informationsrechte.....	225
2. Privatrechtliche Sanktionen.....	226
a. Haftung des Rechtsträgers.....	226
b. Haftung eines Vorsitzenden bzw. eines Vorstandsmitglieds.....	228
i.) Innen- und Außenhaftung.....	228
ii.) Haftungsbefreiungen gegenüber dem Rechtsträger.....	229
3. Behördliche Aufsicht.....	232
a. Deutsche Stiftungsaufsicht.....	232
i.) Aufsichtsmittel gegenüber der Geschäftsführung.....	233
ii.) Eingriffe in die Organisationsstruktur.....	235
iii.) Informationsrechte.....	235
b. Aufsicht der japanischen Verwaltungsbehörde und der deutschen Finanzbehörde.....	236
4. Zusammenfassung.....	237
 Schlussfolgerung.....	 239

Anhang	243
I. Bestandsaufnahme gemeinnütziger Rechtsträger anhand von Statistiken	243
1. Japan	244
2. Deutschland	245
3. Vergleich	246
II. Angaben bei der Registereintragung in Japan und Deutschland	247
1. Angaben bei der Registereintragung Gewöhnlicher Vereine, Art. 301 Abs. 2 VSG	247
2. Angaben bei der Registereintragung Gewöhnlicher Stiftungen, Art. 302 Abs. 2 VSG	248
3. Satzungserfordernisse eines eingetragenen Vereins in Deutschland	249
III. Gemeinnützigkeitserfordernis in Japan und Deutschland	249
1. Beigefügte Tabelle bzgl. gemeinnütziger Geschäfte i.S.d. Art. 2 Abs. 4 AnerkennG	249
2. Tätigkeitsbereiche der Kontrollpunkte der Anerkennungsrichtlinie, S. 37 der Anerkennungsrichtlinie	250
3. Katalog von Tätigkeiten, die die Allgemeinheit fördern, § 52 Abs. 2 AO	251
Literaturverzeichnis	253
Verzeichnis der Grafiken	269
Sachregister	271

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
ders.	derselbe/n
dies.	dieselbe/n
d.h.	das heißt
DG	Distriktgericht (Japan)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
etc.	et cetera
f.	folgend
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FR	Finanzrundschau
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
HGB	Handelsgesetzbuch
i. d.F.	in der Fassung
i. V.m.	in Verbindung mit
IJNL	International Journal of Not-For-Profit Law
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
LG	Landgericht
m. Anm.	mit Anmerkung
Mio.	Million(en)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsblatt
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OFD	Oberste Finanzdirektion
OGH	Oberster Gerichtshof (Japan)
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
Rn.	Randnummer
S.	Seite (bei Gesetzesvorschriften: Satz)
sog.	sogenannt
StiftG	(Landes-) Stiftungsgesetz
StuW	Steuer und Wirtschaft
u.a.	unter anderem / und andere
UmwG	Umwandlungsgesetz
usw.	und so weiter
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
zit.n.	zitiert nach
ZJapanR	Zeitschrift für Japanisches Recht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Verzeichnis japanischer Fachausdrücke

Anerkannte Non-Profit-Organisation	<i>Nintei tokutei hi-eiri katsudō sokushin hōjin</i>
Anerkennungskommission	<i>Kōeki nintei-tō i'in-kai</i>
Beglaubigung	<i>Ninshō</i>
Beratungsgremium	<i>Gyōsei no kikan</i>
Erlaubnis	<i>Ninka</i>
Ertragsgeschäft	<i>Shūeki jigyō</i>
Evaluiierer	<i>Hyōgi 'in</i>
Genehmigung	<i>Kyoka</i>
Gemeinnütziger Verein und Stiftung a.F.	<i>Tokurei minpō hōjin</i> (früher: <i>Kōeki shadan zaidan hōjin</i>)
Gemeinnützige Stiftung	<i>Kōeki zaidan hōjin</i>
Gemeinnützige Treuhand	<i>Kōekishintaku</i>
Gemeinnütziger Verein	<i>Kōeki shadan hōjin</i>
Gerichtlich bestellter Prüfer	<i>Kensa-yaku</i>
Gewöhnliche Stiftung	<i>Ippan zaidan hōjin</i>
Gewöhnlicher Verein	<i>Ippan shadan hōjin</i>
Große Gewöhnliche Stiftung	<i>Dai-kibo ippan zaidan hōjin</i>
Großer Gewöhnlicher Verein	<i>Dai-kibo ippan shadan hōjin</i>
Interner Prüfer	<i>Kansa-yaku</i>
Juristische Person in der Mitte	<i>Chūkan hōjin</i>
Kleine Gewöhnliche Stiftung	<i>Shō-kibo ippan zaidan hōjin</i>
Kleiner Gewöhnlicher Verein	<i>Shō-kibo ippan shadan hōjin</i>
Nicht auf Gewinnerzielung gerichtete juristische Person	<i>Hi-eiri hōjin</i>
Non-Profit-Organisation	<i>Tokutei hi-eiri katsudō sokushin hōjin (NPO-hōjin)</i>
Prüferrat	<i>Kansa yaku-kai</i>
Rechnungsprüfer	<i>Kaikei kansa-nin</i>
Revisor	<i>Kanji</i>
Staatsbedienstete	<i>Kōmu-in</i>
Tochterorganisation	<i>Ko-hōjin</i>
Versammlung der Evaluierer	<i>Hyōgi 'in-kai</i>
Versammlung der Mitglieder	<i>Shain sōkai</i>
Vertretungsberechtigter Vorsitzender	<i>Daihyō riji</i>
Verwaltungsrat	<i>Torishimari yaku-kai</i>
Verwaltungsnahe gemeinnützige juristische Person	<i>Gyōsei itaku-gata kōeki hōjin</i>
Vorsitzender	<i>Riji</i>
Vorstand	<i>Riji-kai</i>
Zuständige Behörde	<i>Shumu kanchō</i>
Zustimmung	<i>Shōnin</i>

Verzeichnis japanischer Gesetze und anderer Rechtsvorschriften

Mit einem Asterisk (*) markierte Gesetze sind in englischer Übersetzung auf der Homepage des Justizministeriums abrufbar: <www.japaneselawtranslation.go.jp/law/>.

AnerkennG	Gesetz über die Anerkennung der gemeinnützigen juristischen Person Verein und der gemeinnützigen juristischen Person Stiftung* Kurz: Anerkennungsgesetz Gesetz Nr. 49 / 2006	<i>Kōeki shadan hōjin oyobi kōeki zaidan hōjin no nintei ni kansuru hōritsu</i>
AnerkennGB	Durchführungsbestimmung des Gesetzes über die Anerkennung der gemeinnützigen juristischen Person Verein und der gemeinnützigen juristischen Person Stiftung Kabinettsamtsverordnung Nr. 68 / 2007	<i>Kōeki shadan hōjin oyobi kōeki zaidan hōjin no nintei ni kansuru hōritsu sekō kisoku</i>
AnerkennGV	Durchführungsverordnung des Gesetzes über die Anerkennung der gemeinnützigen juristischen Person Verein und der gemeinnützigen juristischen Person Stiftung Regierungsverordnung Nr. 276 / 2007	<i>Kōeki shadan hōjin oyobi kōeki zaidan hōjin no nintei ni kansuru hōritsu sekō- rei</i>
Anerkennungs- richtlinie	Zur Verwaltung für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit (Ausführungsrichtlinie zur Gemeinnützigkeitsanerkennung) Ausführungsrichtlinie der Anerkennungskommission v. 11.04.2008	<i>Kōeki nintei-tō ni kansuru unyō ni tsuite (Kōeki nintei-tō gaidorain)</i>
Durchführ- rungsgesetz	Gesetz zur Ordnung der Gesetze im Zusammenhang mit der Durchführung des Vereins- und Stiftungsgesetzes und des Anerkennungsgesetzes Gesetz Nr. 50 / 2006	<i>Ippan shadan hōjin oyobi ippan zaidan hōjin ni kansuru hōritsu oyobi kōeki shadan hōjin oyobi kōeki zaidan hōjin no nintei-tō ni kansuru hōritsu no sekō ni tomonau kankei hōritsu no seibi-tō ni kansuru hōritsu</i>

XXIV

Verzeichnis japanischer Gesetze etc.

EKStG	Einkommenssteuergesetz Gesetz Nr. 33 / 1965 i.d.F. des Gesetzes Nr. 6 / 2010	<i>Shotoku-zei hō</i>
EKStG a.F.	Einkommenssteuergesetz a.F. Gesetz Nr. 33 / 1965 i.d.F. des Gesetzes Nr. 64 / 2007	
EKStGDB	Durchführungsbestimmungen zum Einkommenssteuergesetz Ministerialverordnung des Finanzministeriums Nr. 11 / 1965 i.d.F. der Ministerialverordnung Nr. 61 / 2010	<i>Shotoku-zei hō sekō kisosoku</i>
EKStGDV	Durchführungsverordnung zum Einkommenssteuergesetz Regierungsverordnung Nr. 96 / 1965 i.d.F. der Regierungsverordnung Nr. 214 / 2010	<i>Shotoku-zei hō sekō-rei</i>
EKStGDV a.F.	Durchführungsverordnung zum Einkommenssteuergesetz a.F. Regierungsverordnung Nr. 96 / 1965 i.d.F. der Regierungsverordnung Nr. 235 / 2007	
GemTreuhandG	Gesetz über die gemeinnützige Treuhand Gesetz Nr. 22 / 1922 i.d.F. des Gesetzes Nr. 109 / 2006	<i>Kōeki shintaku ni kansuru hōritsu</i>
GesG	Gesellschaftsgesetz* Gesetz Nr. 86 / 2005 i.d.F. des Gesetzes Nr. 74 / 2009	<i>Kaisha-hō</i>
Kabinettsentscheidung vom 20.09.1996	Standards zur Aufsichtsführung und Gründung der gemeinnützigen juristischen Person Kabinettsentscheidung (<i>kakugi kettei</i>) vom 20.09.1996	<i>Kōeki hōjin no setsuritsu oyobi shidō kantoku kijun</i>
Kabinettsentscheidung vom 23.03.1972	Vereinbarung über Prüfungsstandards für die Errichtung der Gründungsgenehmigung der gemeinnützigen juristischen Person Kabinettsentscheidung (<i>kakugi kettei</i>) vom 23.03.1972	<i>Kōeki hōjin setsuritsu kyōka shinsa kijun-tō ni kansuru mōshia-wase</i>
KōStG	Körperschaftssteuergesetz* Gesetz Nr. 34 / 1965 i.d.F. des Gesetzes Nr. 6 / 2010	<i>Hōjin-zei hō</i>

KöStG a.F.	Körperschaftssteuergesetz a.F. Gesetz Nr. 34 / 1965 i.d.F. des Gesetzes Nr. 64 / 2007	
KöStGDB	Durchführungsbestimmung zum Körperschaftssteuergesetz Ministerialverordnung des Finanzministeriums Nr. 12 / 1965 i.d.F. der Ministerialverordnung Nr. 53 / 2010	<i>Hōjin-zei hō sekō kisoku</i>
KöStGDV	Durchführungsverordnung zum Körperschaftssteuergesetz Regierungsverordnung Nr. 97 / 1965 i.d.F. der Regierungsverordnung Nr. 196 / 2010	<i>Hōjin-zei hō sekō-rei</i>
KöStGDV a.F.	Durchführungsverordnung zum Körperschaftssteuergesetz a.F. Regierungsverordnung Nr. 97 / 1965 i.d.F. der Regierungsverordnung Nr. 235 / 2007	
NPOG	Gesetz zur Förderung bestimmter nicht auf Gewinn gerichteter Tätigkeiten Kurz: NPO-Gesetz , Gesetz Nr. 7 / 1998 i.d.F. des Gesetzes Nr. 28 / 2008 Englische Übersetzung des japanischen Zentrums für internationalen Austausch (<i>nihon kokusai kōryū sentā</i>), < www.jcie.or.jp/civilnet/monitor/npo_law.pdf > (Stand: 2003)	<i>Tokutei hieiri katsudō sokushin-hō</i>
Person in der MitteG	Gesetz über die juristische Person in der Mitte Gesetz Nr. 49 / 2001	<i>Chūkan hōjin-hō</i>
PrivatschulG	Gesetz über private Schulen Gesetz Nr. 270 / 1949 i.d.F. des Gesetzes Nr. 96 / 2007	<i>Shiritsu gakkō hōjin-hō</i>
Religions-körperschaftsG	Gesetz über die juristische Person für Religionen Gesetz Nr. 26 / 1951 i.d.F. des Gesetzes Nr. 50 / 2006	<i>Shūkyō hōjin-hō</i>
StGEintragung	Steuergesetz für die Eintragungskonzessionen Gesetz Nr. 35 / 1967 i.d.F. des Gesetzes Nr. 32 / 2010	<i>Tōroku menkyo-zei hō</i>

StMG	Gesetz für steuerliche Sondermaßnahmen* Kurz: Steuermaßnahmengesetz Gesetz Nr. 26 / 1957 i.d.F. des Gesetzes Nr. 34/2010	<i>Sozei tokubetsu sotchi-hō</i>
StMGDV	Durchführungsverordnung zum Gesetz für steuerliche Sondermaßnahmen Regierungsverordnung Nr. 43 / 1957 i.d.F. der Regierungsverordnung Nr. 320 / 2006	<i>Sozei tokubetsu sotchi-hō sekō-rei</i>
SVJPG	Allgemeines Gesetz über selbstständige ver- waltungsbezogene juristische Personen Gesetz Nr. 103 / 1999	<i>Dokuritsu gyōsei hōjin tsūsoku hō</i>
TreuhandG	Treuhandgesetz* Gesetz Nr. 108 / 2006	<i>Shintaku-hō</i>
TreuhandG a.F.	Treuhandgesetz a.F. Gesetz Nr. 62 / 1922 Englische Übersetzung in EHS Law Bulletin Series, Bd. VI, CD, Tokyo 1972	
VSG	Gesetz über die gewöhnliche juristische Per- son Verein und die gewöhnliche juristische Person Stiftung Kurz: Vereins- und Stiftungsgesetz Gesetz Nr. 48 / 2006	<i>Ippan shadan hōjin oyobi ippan zaidan hōjin ni kansuru hōritsu</i>
VSGDV	Durchführungsverordnung des Gesetzes über die gewöhnliche juristische Person Verein und die gewöhnliche juristische Person Stiftung Kurz: Durchführungsverordnung des Vereins- und Stiftungsgesetzes Regierungsverordnung Nr. 38 / 2007	<i>Ippan shadan hōjin oyobi ippan zaidan hōjin ni kansuru hōritsu sekō-rei</i>
VwPG	Verwaltungsprozessgesetz* Gesetz Nr. 139 / 1962 i.d.F. des Gesetzes Nr. 76 / 2009	<i>Gyōsei jiken soshō- hō</i>
VwVfG	Gesetz über das Verwaltungsverfahren* Gesetz Nr. 88 / 1993 i.d.F. des Gesetzes Nr. 66 / 2006 Deutsche Übersetzung von S. Yoshiaki / T. Bölicke, ZJapanR 5 (1998), S. 169 ff.	<i>Gyōsei tetsuzuki-hō</i>
WohlfahrtsG	Gesetz über die soziale Wohlfahrt Gesetz Nr. 45 / 1951 i.d.F. des Gesetzes Nr. 85 / 2008	<i>Shakai fukushi-hō</i>

ZG	Zivilgesetz* Gesetz Nr. 89 / 1896 i.d.F. des Gesetzes Nr. 50 / 2006 (In Kraft getreten am 01.12.2008) Deutsche Übersetzung von A. Kaiser, Das japanische Zivilgesetzbuch in deutscher Sprache, Köln 2008	<i>Minpō</i>
ZG a.F.	Zivilgesetz a.F. Gesetz Nr. 89 / 1896 und Gesetz Nr. 9 / 1898 i.d.F. des Gesetzes Nr. 87 / 2005 Deutsche Übersetzung von I. Akira / I. Leetsch, Das japanische BGB in deutscher Sprache, Köln 1985	

Einleitung

In Japan wurde bislang die Sorge um das Gemeinwohl vorrangig als Angelegenheit des Staates angesehen. Dem privaten Engagement von Bürgern¹ zum Wohle der Allgemeinheit begegnet der Staat dagegen traditionell mit Misstrauen. Seit einiger Zeit ist in Japan aber ein politisches Umdenken zu erkennen, das mit den Schlagworten „von der Regierung zum Volk“ (*kan kara min he*) mehr Selbstverantwortung und ein größeres Engagement der Bürger befürwortet.² Der neue politische Ansatz wird maßgeblich von den Zielen der Entlastung und Verschlinkung des japanischen Staates beeinflusst. Die wirtschaftliche Rezession Japans in den 1990er Jahren und der damit einhergehende Rückgang staatlicher Finanzierungsspielräume machten ein politisches Umdenken erforderlich, das auch den Bereich gemeinnützigen Handelns nachhaltig beeinflusst hat.³ Seither hat die Staatsverschuldung weiter zugenommen. Der japanische Staat ist mit gegenwärtig 192 % seiner jährlichen Wirtschaftsleistung mehr als doppelt so hoch verschuldet wie Deutschland oder die USA.⁴ Eine staatliche Förderung privaten Engagements ist daher notwendiger denn je zuvor. Die Idee der Gemeinwohlförderung durch privates Engagement hat ihren gedanklichen Ursprung jedoch nicht in der Politik. Seit längerem ist bereits ein Wachstum verschiedener bürgerschaftlicher

¹ Der japanische Begriff für Bürger (*shimin*) erhält – anders als in Deutschland – erst nach dem Zweiten Weltkrieg eine politische Dimension. Zuvor wurde der Begriff in einem neutralen Sinn für Stadtbewohner verwendet. Die vergleichsweise späte politische Dimension des Begriffs ist darauf zurückzuführen, dass in Japan dem Bürger historisch nicht die gleiche gesellschaftspolitische Rolle zukam wie beispielsweise in Deutschland. In der Meiji-Zeit (1868–1912) entwickelte sich keine städtische Bevölkerungsschicht von „Besitz und Bildung“, die sich politisch engagierte. Vielmehr ist für die Meiji-Zeit die Formel „Besitz oder Bildung“ zutreffender. Die politisch einflussreiche besitzende Gesellschaftsschicht, das sog. „Wirtschaftsbürgertum“, bestand in Japan vor allem aus ehemaligen Samurai, d.h. einer zuvor privilegierten Gesellschaftsschicht. Sie war es auch, die entscheidenden Einfluss auf die staatspolitische Entwicklung Japans nahm. Grundlegend zum frühen japanischen Bürgertum MURAKAMI, Besitz und Bildung (1990).

² ATODA / AMENOMORI / OTHA, Japanese Nonprofit Sector (1998), S. 99; SHIN-KŌEKI HŌJIN SEIDO KENKYŪ-KAI, Ichimon ittō (2006), S. 3; NAKATA, Jurisuto 1328 (2007), S. 4.

³ YAMAUCHI / KITORA, Policy Initiatives Towards New Legal Framework (2010), S. 87.

⁴ Stand: Ende 2009, World Fact Book: Country Comparison: Public Debt; <www.cia.gov/library/Publications/the-world-factbook/rankorder/2186rank.html?countryName=Japan&countryCode=ja&ionCode=eas&rank=2#ja> (11.06.2010).